



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 173-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.371

Eingereicht am: 12.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Walpoth (Bern, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Wählen kann komplex sein – Listen, kumulieren, panaschieren

In der Schweiz gibt es laut Bundesamt für Statistik Hunderttausende Stimmberechtigte, die nicht oder ungültig wählen – darunter überdurchschnittlich viele Eingebürgerte, aber auch gebürtige Schweizerinnen und Schweizer, die hier aufgewachsen sind.

Bei den Parlamentswahlen 2019 etwa war die Stimmbeteiligung unter eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizern fast 20 Prozentpunkte tiefer als beim Durchschnitt. Gleichzeitig ist die Zahl ungültiger Wahlzettel nach wie vor hoch – bei Nationalratswahlen rund 3,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Wählen ist komplex – Listen, kumulieren, panaschieren, Fristen, leere Zeilen. Wer die Regeln nicht versteht, wählt entweder falsch oder gar nicht. Demokratie braucht nicht nur Rechte, sondern auch Zugang – und zwar für alle.

Die Wiedereinführung eines verbindlichen Staatskundemoduls an Schulen, damit alle Jugendlichen den Zugang zu unserem politischen System erhalten wird diskutiert.

Für eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer braucht es ein verständliches, gut zugängliches politisches Grundagentraining nach der Einbürgerung – freiwillig, aber öffentlich gefördert.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele ungültige Wahl- und Stimmzettel wurden bei den letzten Grossratswahlen und Abstimmungen im Kanton Bern gezählt? Gibt es Daten zu eingebürgert/gebürtig, Alter, Bildung und Geschlecht?

2. Welche Kenntnisse hat der Regierungsrat über die Stimmbeteiligung und Wahlbeteiligung von eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizern im Vergleich zu gebürtigen?
3. Welche politischen Bildungsangebote bestehen aktuell für eingebürgerte Personen?
4. Gibt es Pläne, politische Bildung in den Schulen wieder verbindlich zu verankern?
5. Sieht der Regierungsrat Potenzial, Angebote wie «Staatskunde nach der Einbürgerung» zu fördern, um demokratische Teilhabe zu stärken?
6. Welche Massnahmen schlägt der Regierungsrat vor, um die hohe Zahl ungültiger Stimmen zu senken und die demokratische Chancengleichheit zu verbessern?

Verteiler

– Grosser Rat